



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/69 - 22. März 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 800

## Hinweise auf den Inhalt:

Zu den Londoner Abrüstungsverhandlungen	S. 1
Mollets Plan gegen die Altersnot	S. 3
Schweizer Kritik am Bundeskanzler	S. 4
Der Bütterskandal in Schleswig-Holstein	S. 5
Die Abendländische Akademie	S. 6

### Werden auch Bonn und Pankow betroffen?

sp. Verschiedentlich ist der Eindruck entstanden, als ob mit den Abrüstungsverhandlungen in London zugleich auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung direkt neu in Angriff genommen werde. Man hat gesagt, zwar bestünde kein rechtliches Junktim, wohl aber ein sehr enger sachlicher Zusammenhang, es ist auch von einem Parallel-Vorgang und einem Zwillingenproblem gesprochen worden.

Um neuen Enttäuschungen vorzubeugen, muss man bedenken, dass die Behandlung der Frage der deutschen Einheit keineswegs zum unmittelbaren Aufgabengebiet des Abrüstungs-Unterausschusses, des sogenannten Fünferkomitees, gehört. Deshalb ist auch unzutreffend, was eine amerikanische Agentur aus London berichtete: die zweite Phase des französisch-englischen Gemeinschaftsplanes werde eine Lösung der politischen Ost-West-Konflikte und dabei die Wiedervereinigung Deutschlands vorsehen. Davon ist auch in keiner anderen Darstellung die Rede.

Die irrije Auffassung, in London werde man sich schon jetzt auch mit der deutschen Frage befassen, ist vielfach deshalb entstanden. Das geht vor allem darauf zurück, dass in letzter Zeit von verschiedenen Seiten unterstrichen wurde, Fortschritte in der deutschen Frage würden nur in der psychologischen Situation eines gefestigten Vertrauens zwischen dem Westen und dem Osten möglich sein und eine solche, zum Guten veränderte Atmosphäre sei ohne ein Übereinkommen in der Abrüstungsfrage nicht vorstellbar. Die stärksten Impulse in dieser Richtung sind in

letzter Zeit von den Franzosen ausgegangen,

Sicher ist der Grundgedanke dieser Überlegung richtig, zumal nach dem negativen Ausgang der Genfer Herbst-Konferenz ein anderer Weg, den toten Punkt zu überwinden, nicht sichtbar geworden ist. Darauf hat mit Nachdruck auch die Sozialistische Internationale in Zürich hingewiesen, als sie feststellte: Ein Anfang in der Abrüstungsfrage würde die Lösung aller jener Schwierigkeiten erleichtern, die sich bis heute als unlösbar erwiesen haben.

Allerdings wird die deutsche Frage, wenn es nach Schaffung einer vertrauensvollen Atmosphäre zu einer begrenzten Abrüstung kommen sollte, unvermeidlich eine wesentliche Rolle spielen. Es ist auch nicht denkbar, dass Westen und Osten abrüsten und durch die gleichzeitige Aufrüstung in beiden Teilen Deutschlands eine koreaähnliche Situation heranreift, die dem allgemeinen Willen zur Entspannung zuwiderläuft. Eine Vereinbarung zwischen Westen und Osten über den Stand auch der deutschen Rüstung auf der Grundlage der Teilung müsste zwangsläufig einen ständigen Unruheherd in Europa bestehen lassen.

Wenn der Kanzler gewünscht hat, über alle Phasen der Abrüstungsverhandlungen in London unterrichtet zu werden, so ist das zu begrüßen, wenn es in der Sorge geschah, durch ein Stocken der Verhandlungen könnte die Entspannung, die auch einer deutschen Wiedervereinigung zugute käme, gefährdet werden. Erfolgte diese Bitte aber nur aus der verdringlichen Sorge um ein vollkommenes Intakbleiben der NATO unter allen Umständen, auch wenn dies gerade die allgemeinen Abrüstungsbestrebungen wesentlich erschweren sollte, dann wäre dies keine gute Sache. Um der Aufrüstung der Bundesrepublik willen hat das amtliche Bonn auf eine aktive Wiedervereinigungspolitik verzichtet. Kommt es zu einer Abrüstungsvereinbarung, die auch Westdeutschland betrifft, dann bedeutet das, dass der Kanzler nicht die Armee erhält, die er sich gewünscht und für die er jahrelang gearbeitet hat.

Frankreich verbessert seine Altersversorgung

jn. Unter den Sozialprojekten der Regierung Mollet nimmt die Gründung eines nationalen Fonds für die Altersversorgung einen besonderen Platz ein. Aber es handelt sich nicht um den Fonds allein, es geht darum, die wirtschaftliche Lage der Alten zu verbessern. Das Projekt sieht vor, dass allen jenen Alten, die ein Jahreseinkommen von weniger als 180.000 Frs. haben, eine zusätzliche Hilfe gewährt wird. Die Altersgrenze wurde seinerzeit schon mit erreichtem 65. Lebensjahr - bei den arbeitsunfähigen mit erreichtem 60. Lebensjahr festgesetzt.

Die zusätzliche Hilfe soll 31.200 Francs pro Jahr betragen. Zusammen mit der Altersrente, die sie bisher erhielten, werden nun die Alten 62.400 Frs. bekommen. Man zählt in Frankreich ungefähr 5,2 Millionen Menschen im Alter von mehr als 65 Jahren, aber unter ihnen weisen nur eine Million ein Einkommen von mehr als 80.000 Francs im Jahr aus. 4,2 Millionen Menschen erheben auf die zusätzliche Hilfe des Staates Anspruch, was einer Gesamtausgabe von 130 Milliarden gleichkommt. Nun weist aber der französische Staatshaushalt bereits ein Defizit aus, das, zusammen mit den erhöhten Ausgaben für Algerien, im Minimum 1.300 Milliarden erreichen wird. Deshalb schlug Finanzminister Ramadier die Deckung für die erhöhte Altersversorgung durch neue Steuern vor. Nun ist in Frankreich die Steuerschraube - so wie in den meisten anderen Ländern, auf das Äusserste angezogen, die Franzosen gründeten selbst eine nachvolle Bewegung - eben jene des Monsieur Poujade, um sich gegenüber dem Steuerinspektor zur Wehr zu setzen.

Der Regierung Guy Mollet kann man nicht nachsagen, sie rechne etwa nicht genauestens mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes. Denn nur jene, die noch keine drei Wochen Urlaub erhalten, haben die 3. Urlaubswache zugesprochen erhalten. Die Lohndifferenz zwischen Paris und den Departementen wurde, was den Mindestlohn betrifft, nicht, wie es die Gewerkschaften fordern, völlig beseitigt, sondern lediglich von 12 auf 8 Prozent reduziert. Niemand in der Regierung ist gegen Lohnerhöhungen, aber diese werden offiziell nicht beeinflusst. Verbesserungen der Löhne sollen im Rahmen der neuen Kollektivvertrags-Verhandlungen der Möglichkeiten des einzelnen Industriesektors entsprechend durchgesetzt werden. Der Mindestlohn, den sonst immer die Regierung bestimmt, soll vorläufig - entgegen dem Wunsch der C.G.T., nicht verändert werden.

Im Gegenteil - die Regierung hat durch eine Verringerung der Taxen verschiedene Lebensmittelpreise, die infolge der Witterungsverhältnisse angestiegen waren, verbilligt, um eine allgemeine Erhöhung der Lebenshaltungskosten zu vermeiden. Dies war auch der Grund zu einer kleinen Herabsetzung der Preise für Dienstleistungen.

Für die Finanzierung der Altersversorgung sollen keine neuen Mittel geschaffen werden, man denkt an eine Transferierung von Einkommensteilen unter verschiedenen Kategorien von Franzosen. Jene, die hohe Einkünfte haben, sollen einen kleinen Teil den Alten abgeben, um die Kaufkraft dieser vier Millionen bedürftiger Menschen zu erhöhen. Die Kaufkraft der Gesamtbevölkerung wird auf diese Weise nicht erhöht, aber sie verlagert sich. Die Alten werden mit dem zusätzlichen Betrag Textilien und Nahrungsmittel kaufen, während diese Mittel vorher wahrscheinlich zur Anschaffung von nicht lebenswichtigen Produkten dienten. Vom Standpunkt der französischen Volkswirtschaft ist diese Kaufkraftverlagerung eher zu begrüßen, schon vor allem im Hinblick auf die Absatzkrise in der Textilindustrie und in der Agrarwirtschaft.

\* \* \*

#### "Adenauer wählt ein faschistisches Absteigequartier"

sp. Unter dieser Überschrift beschäftigt sich "Volksrecht", das offizielle Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, am 17.3. mit der Tatsache, dass der Bundeskanzler sich unter den zahlreichen Möglichkeiten, die die Schweiz für einen Erholungsaufenthalt auch in dieser Jahreszeit bietet, ausgerechnet für die Villa Rezzonico in Forza entschieden habe. Mino Rezzonico ist als Mitbegründer und sehr aktiver Vorkämpfer des schweizerischen Faschismus bekannt geworden. Daten die diese Tatsache bestätigen und unterstreichen, sind in jüngster Zeit auch in westdeutschen Veröffentlichungen mitgeteilt worden. Das Organ der Schweizerischen Sozialdemokratie schreibt dazu:

"Das also ist der Gastgeber des Bundeskanzlers Adenauer. Grossen diplomatischen Takt und politisches Fingerspitzengefühl hat der deutsche Regierungschef mit der Wahl seines Ferienortes nicht bewiesen, und wir sind ganz der Meinung unseres Kollegen von der "Baseler Arbeiterzeitung", wenn er hierzu bemerkt, dass man es in der Schweiz als einen Skandal empfinde, wenn tatsächlich Adenauer im Faschistenneoz von Forza absteigen würde. Entweder müssten dies der deutsche Gesandte in Bern oder dann die schweizerischen Behörden dem alten Herrn in Bonn in unmissverständlicher Weise zu verstehen geben."

\* \* \*

"Rate einmal, was drin ist"

mu, Kiel

Seit Wochen wird die Öffentlichkeit in Norddeutschland durch den "Kieler Butterskandal" des "Butterkönigs" Stähr in Atem gehalten. Oberstaatsanwalt Rosga hat den 34jährigen Buttergrosshändler, der sich seit dem 20. Januar in Untersuchungshaft befindet, öffentlich beschuldigt, Verbrechen nach dem Lebensmittelgesetz begangen und aktive Bestechung von Landesbeamten vorgenommen zu haben.

Inzwischen ist auch der Hamburger Buttergrosshändler J.W. Schäfer festgenommen und in die Kieler Untersuchungshaft überführt worden. Dem 35jährigen Kaufmann wird ebenfalls zur Last gelegt, auf betrügerische Art vom Land Schleswig-Holstein Subventionen für den Ankauf von Butter erlangt und hierbei Bestechungen vorgenommen zu haben. Vor Schäfer waren ausser Stähr bereits vier Verhaftungen vorgenommen worden. Ein Regierungsdirektor des Kieler Landwirtschaftsministeriums, ein Butterprüfer der gleichen Behörde, sowie die Frau des Buttergrosshändlers Stähr waren vorübergehend in Haft. Ein weiterer Butterprüfer verübte in der Untersuchungshaft Selbstmord.

Es ist verständlich, dass bei einem derartigen Ausmass von Verhaftungen bei Butterfälschungen auf der Grundlage eines Verbrechens nach dem Lebensmittelgesetz die Öffentlichkeit in höchste Alarmbereitschaft versetzt wird. Schliesslich sind das Zusammensetzen von genussunfähigem Butterschmalz mit Mager- und Vollmilch zu neuer deutscher Markenbutter sowie der Betrug zum Nachteil Schleswig-Holsteins, wobei es um Hunderttausende von D-Mark geht und die passive Bestechung einer Reihe von Landesbediensteten keine Kleinigkeit.

## Politische Hintergründigkeiten

Noch grösseres Aufsehen beginnen aber die politischen Hintergründigkeiten dieses Butterskandals der schnell reich gewordenen Butterkaufleute zu erregen. Vizekanzler Dr. Franz Blücher hat mitgeteilt, dass Buttergrosshändler Stähr durch den schleswig-holsteinischen Justizminister (und FDP-Landesvorsitzenden) Dr. Leverenz bei einem Beamten des ERP-Ministeriums eingeführt worden ist. Stähr wurde in einem anderen Verfahren wegen Vergehens gegen das Lebensmittelgesetz und wegen Wirtschaftsstrafvergehens bereits durch den Rechtsanwalt Dr. Leverenz (vor

dessen Justizminister-Tätigkeit) verteidigt. Stähra jetziger Anwalt und damaliger Sozius von Leverenz, Dr. Rusche, hat mitgeteilt, Stähra habe an die "Wirtschafts- und sozialpolitische Vereinigung e.V." in Bonn einen Jahresbeitrag von 1956 in Höhe von 3000 DM geleistet.

So kommt es nicht von ungefähr, dass der Kieler Butterskandal bereits zweimal im Kieler Landtag seinen Niederschlag fand. Einmal stieg der Oppositionsführer Käber (SPD) mit einem Karton auf das Rednerpult und hielt den Landtag mit dem Fragespiel "Rate mal, was drin ist", in Atem. Käber holte aus dem Karton je ein Paket deutscher Markenbutter,

Deutsche Molkereibutter und Bauernbutter heraus und fragte die Abgeordneten: "Sind Sie nun auch sicher, dass drin ist, was drauf steht?" Der SPD-Abgeordnete Siegel konnte die Mehrheit des Landtages bei den Beratungen über das Landesbeamtengesetz allein durch den Hinweis auf den Kieler Butterskandal für die Unabhängigkeit der Oberstaatsanwälte gewinnen. Nach dem Willen der Landesregierung sollten sie wie andere höchste Landesbeamte den Status von politischen Beamten erhalten und durch den Ministerpräsidenten in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können. Die Opposition fand im Landtag eine erstaunlich breite Mehrheit für deren Unabhängigkeit auch bei Ermittlungen, die in den politischen Raum reichen, obgleich ihr Antrag im Ausschuss vorher viermal abgelehnt worden war.

\* \* \*

#### Die Selbsteinschätzung des Freiherrn von der Heydte

sp. "Hat ein Staatsrechtslehrer heute nicht mehr das Recht, nur nach dem eingeschätzt zu werden, was er selbst veröffentlicht hat?", fragt der an der Universität Würzburg lehrende und der Abendländischen Akademie angehörende Professor Dr. Freiherr von der Heydte in seiner <sup>an</sup> Zuschrift ein wöchentlich erscheinendes politisches Nachrichten-Magazin. Gewiss kann ein Staatsrechtslehrer wie Professor von der Heydte nach dem eingeschätzt werden, was er selber veröffentlichte. In Nummer 47 der Zeitschrift "Schönere Zukunft" vom 20. August 1933 kann man auf den Seiten 1131 ff unter der Überschrift "Die Katholiken im neuen Deutschland" einen Bericht des Freiherrn von der Heydte über die Dritte soziologische Tagung des Katholischen Akademiker-Verbandes in Maria Laach vom 21./23. Juli 1933. Lesen. Dort wird unter Berufung auf eine Rede,

die der Oberpräsident der Rheinprovinz Freiherr von Lüninck hielt, gesagt:

"Protestantismus, Aufklärungszeit und französische Revolution bezeichnen die grossen Einbruchsstellen liberalen Denkens in die katholische Welt. ...."

Weiter heisst es unter Berufung auf Lüninck:

"Es war Sünde wider den Heiligen Geist, die notwendig zum Untergang des politischen Katholizismus führen musste, dass der deutsche Katholizismus dieses sein Erstgeburtsrecht im Kampf gegen den Liberalismus nicht ausgenützt hat, sondern im politischen Katholizismus der Nachkriegszeit die unnatürliche Verbindung mit einem entarteten Liberalismus noch enger geschlossen hat - dass er Tagespolitik getrieben hat statt Grundsatzzpolitik, und dass er leidenschaftlichen Widerstand dem Mann entgegensetzte, der mit Intuition im Liberalismus den Feind des Volkes erkannt hat...."

Der Mann, dem Widerstand entgegensetzen nach vor der Heydtes Darstellung eine Sünde wider den Heiligen Geist gewesen ist, war  
H i t l e r .

Und den "Feind" des Volkes, gegen den man zusammen mit Hitler zu Felde ziehen wollte, bezeichnete von der Heydte damals auch genau, indem er im Anschluss an Lüninck proklamierte, dass es

"gegen Demokratie, Parlamentsherrschaft und Mehrparteienstaat - den Kampf zu führen ....gilt."

Haben diese Erwartungen einer "Schöneren Zukunft", die uns dann ab 1933 auch kräftig beschert wurde, nicht eine fatale Ähnlichkeit mit dem von Dr. Gerhard Kroll heute wiederum entworfenen "Ordnungsbild der abendländischen Aktion"?

Freiherr von der Heydte schliesst seine Loserzuschrift mit einer Bemerkung, der man nur zustimmen kann, wenn er die Frage aufwirft:  
"Wo hört der Unsinn auf?"

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau